Leipziger Tageblatt
und
Handels-Zeitung

Bezugspreis: Durch die Post in Deutschland monatlich M. 5 500 000; Ausl. M. 12 000 000 einschließlich Porto. Erscheint täglich morgens, außer Montags. Höh. Gewalt schließt Erfüll. aus. Schriftleit., Geschäftsst., Druckerei: Leipzig, Johannisgasse 8 (Fernspr. Ortsgespr. Sammel-Nr.: 70811, Ferngespr. 17089–17093); ebenda u. in allen Filialen Anzeigen- und Abonnement-Annahme; auch nimmt jedes Postamt Bestellungen an.

Anzeigenpreis: für die Gesamt- (Stadt- u. Post-) Auflage: Einsp. Raum d. mm-Zeile M. [illegible] auswärt. Inserenz M. [illegible] Sonderpreise: Familienanz. v. Priv. mm-Zeile M. [illegible] Gelegenheitsanz. (priv. Natur) u. Stellenangeb. mm-Zeile M. [illegible] Stellengesuche mm-Zeile M. [illegible] amtl. Bekanntm. Doppel-mm-Z. M. [illegible] Reklamen mm-Z. M. [illegible] auswärts M. [illegible] Auslandsanz. m. Valutaaufschl. Bei Wiederh. Nachlaß Platz- u. Datenvorschr. unverbindl. Erfüll.-Ort Leipzig. Postscheck Leipzig [illegible].

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig.

Nr. 213 | Einzelnummer 200 000 Mark | Sonnabend, den 8. September 1923 | Fern-Ausgabe | 117. Jahrg.

Für die Dollaranleihe

M. Leipzig, 7. September.

Angesichts der immer drohenderen Gefahr, den Boden des Wirtschaftslebens völlig unter den Füßen zu verlieren, müssen wir uns darüber klar werden, ob wir, die Hände im Schoß, uns von der Flut verschlingen lassen oder alles tun wollen, um diesem Geschick zu entgehen. Was wir heute noch tun können, kann vielleicht morgen schon zu spät sein. Wollen wir uns damit abfinden, daß wir Oesterreichs Schicksal teilen, dessen Rettung um den Preis seiner vollständigen Auslieferung an das ausländische Kapital bewerkstelligt wurde? Die Bitterkeit des Nachbarschicksals sollte uns eine Lehre sein. Aber es geht bei uns um mehr. Mit dem Zerfall des Reiches wäre Frankreich endgültig der Mühe enthoben, noch auf unsere Zerstückelung hinarbeiten zu müssen. Wollen wir es darauf ankommen lassen?

Jetzt oder nie gilt es zu zeigen, ob der Deutsche würdig ist, freier Bürger eines freien Staates zu sein, der weiß, daß die Erhaltung des Staatsganzen sein eigenes Wohl und Wehe und das der kommenden Geschlechter in sich schließt. Deshalb müssen alle Kräfte angespannt werden, um den Zusammenbruch aufzuhalten und bessere Lebensmöglichkeiten für die Zukunft zu schaffen. Nicht der Zwang soll die Bürger veranlassen, dem Staate zu geben, was er braucht, sondern die Erkenntnis, daß sie ihr Schicksal selber in der Hand haben, muß es mit sich bringen, daß dem Staate für die Durchführung seiner Aufgaben die nötige Unterstützung zu teil wird. Wie wenig mit Zwangsmaßnahmen in dieser Hinsicht bisher erreicht worden ist, lehren unzählige Beispiele. Wenn die Regierung sich in letzter Stunde mit dem Aufruf zur Ablieferung von ausländischen Zahlungsmitteln, Wertpapieren und Edelmetallen an das Pflichtbewußtsein aller Staatsbürger wendet, so wirkt dabei der Hinweis auf Polizei und Geldstrafen recht unglücklich. Man muß sich darüber klar sein, daß die Androhung von Strafen und Maßnahmen aller Art auch in kritischer Situation erfahrungsgemäß die erwünschte Wirkung nicht hervorzubringen vermag, wenn der staatsbürgerliche Wille nicht vorhanden ist. Zudem kann es auch nicht günstig wirken, daß alte Wunden wieder aufgerissen werden, wie es durch die Erinnerung an die Ablieferung von Gold- und Schmuckgegenständen während der Kriegszeit geschieht. Es ist hinreichend bekannt, daß sich damals die Opferbereitschaft nicht auf gewisse Kreise erstreckt hat, auf deren Mitwirkung gerade am stärksten gebaut worden war. Während sich die einen von den liebsten Familienstücken lossagten, um dem Vaterland die Mittel zum Durchhalten zu ermöglichen, hielten die anderen die Taschen zu und blieben schließlich die Nutznießer ihres Egoismus.

Die Erinnerung an die Kriegsanleihen, in denen so viele ihr Erspartes anlegten, hinterläßt weiter einen herben Nachgeschmack. Es ist verständlich, wenn man Herrn Havenstein, der die Kriegsanleihen aus der Taufe hob, nicht gern als den Paten neuer Anleihen sieht. Wie man einen geschlagenen Heerführer aus rein psychologischen Gründen nicht wieder an die Spitze eines Heeres stellen mag, so ist es aus denselben Erwägungen heraus nicht wünschenswert, Herrn Havenstein länger an der Spitze der Reichsbank zu belassen.

Wenn die Regierung in ernster Stunde an das Pflichtbewußtsein jedes einzelnen appelliert, ausländische Werte abzuliefern, um dafür wertbeständige deutsche Zahlungsmittel einzutauschen, so sollte dieser Ruf endlich einmal zur Zusammenfassung aller Kräfte dienen. Die Männer, die durch das Vertrauen der Volksvertretung mit der Führung der Staatsgeschäfte beauftragt sind, haben offenbar den festen Willen, das Land aus dem Chaos herauszuführen. An der gesamten Bürgerschaft ist es, ihnen die Mittel zu gewähren, die sie zu diesem Zwecke für notwendig erklären.

Verdreifachungen am Effektenmarkt

Die Effektenmärkte standen auch heute im Zeichen einer stürmischen Hausse. Die weitere Verschlechterung des Markkurses bewirkte, daß sich die Effektenkurse verdoppelten, zum guten Teile sogar verdreifachten. In Berlin mußte die Feststellung der ersten Kurse ausgesetzt werden, da kein Angebot vorhanden war. Im weiteren Verlaufe kam es wohl zu einzelnen Abschwächungen, doch blieben diese auf die feste Grundtendenz ohne Einfluß.

Der Devisenkommissar
Dr. Peters lehnt ab

Berlin, 7. September. (Eig. Tel.) Staatssekretär Dr. Peters, der als Reichskommissar für die Erfassung der Devisen in Aussicht genommen war, hat, wie wir erfahren, dieses ihm zugedachte Amt abgelehnt. Der Grund dafür dürfte der sein, daß Dr. Peters gegen die Möglichkeit einer praktischen Durchführung der Verordnung in ihrer vorliegenden Form sehr starke Bedenken hegt. Ueber eine andere Besetzung des in Aussicht genommenen neuen Postens verlautet bis zur Stunde noch nichts.

Vor außenpolitischer Aktivität

Berlin, 7. September. (Eig. Tel.) Die Meldung der „Daily Mail" von einer bevorstehenden Verhandlungsmöglichkeit in der Ruhrfrage wird in neutralen diplomatischen Kreisen Berlins sehr stark beachtet, um so mehr, als man darin gewissermaßen eine französische Anregung an die deutsche Regierung sehen will, die um so bemerkenswerter erscheinen muß, als man in hiesigen informierten Kreisen gleichfalls wissen will, daß die deutsche Regierung sich entschlossen habe, in allernächster Zeit einen neuen Schritt in außenpolitischer Richtung zu unternehmen. In einer Besprechung, die Reichskanzler Dr. Stresemann gestern abend mit Vertretern des besetzten Gebietes gehabt hatte, machte er Andeutungen, die im Zusammenhang mit den Nachrichten über den geplanten außenpolitischen Schritt außerordentlich bedeutungsvoll erscheinen. Ein solcher Schritt der deutschen Regierung läge durchaus im Rahmen jener Absichten, mit denen die deutsche Regierung auf eine Besserung der deutschen Wirtschaftslage hinarbeiten will. Die Erfassung der Devisen und die Errichtung der Goldnotenbank und die Schaffung einer wertbeständigen Währung machen eine Klärung der außenpolitischen Lage unbedingt erforderlich, wenn die neuzuschaffende Währung nicht von dem Schicksal der Papiermark ereilt werden soll.

Wie unser Sonderberichterstatter von wohlinformierter Seite erfährt, ist das Kabinett, das sich in einer Reihe von Sitzungen mit dieser Frage beschäftigt hat, darüber durchaus im klaren, daß parallel mit den Wirtschaftsmaßnahmen auch in politischer Hinsicht eine Aktivität Platz greifen muß, und zwar in einer Richtung, die genügend gekennzeichnet wird durch die günstige Aufnahme, die die Stuttgarter Rede des Reichskanzlers und besonders derjenige Teil dieser Rede, der von einem Zusammenarbeiten der deutschen und der französischen Industrien gesprochen hat, in Pariser politischen Kreisen gefunden hat.

Helfferichs Projekt nicht angenommen

Berlin, 7. September. (Eig. Tel.) Ueber die gestrige Sitzung des Währungs-Ausschusses des Reichswirtschaftsrates sind Berichte veröffentlicht worden, die durchaus nicht den Tatsachen entsprechen. Die Sitzungen der Ausschüsse des Reichswirtschaftsrates finden nicht öffentlich statt und es besteht unter den Mitgliedern eine Vereinbarung, daß lediglich von der amtlichen Pressestelle des Reichswirtschaftsrates Berichte herausgegeben werden. Richtig ist allerdings, daß gestern der Währungsausschuß des Reichswirtschaftsrates unter Vorsitz von Georg Bernhard getagt hat und daß in dieser Sitzung eine Reihe von Sachverständigen, darunter Dr. Helfferich, Generaldirektor Minoux, Direktor Kraemer, Geheimrat Frisch, Bankdirektor Schacht zu der Währungsfrage gesprochen haben.

Dr. Helfferich legte eingehend sein Roggenbankprojekt dar, das eine Roggenwertnote schaffen will. Direktor Kraemer begründete das Projekt des Reichsverbandes der deutschen Industrie, das die Schaffung einer privaten Goldnotenbank bezweckt. Die Sachverständigen nahmen zu diesen beiden Projekten Stellung. Wenn in einem anderen Bericht angedeutet wird, daß sich der währungspolitische Ausschuß bereits für das Helfferich-Projekt entschlossen habe, so handelt es sich hier um eine unrichtige Angabe. Die Mitglieder des Ausschusses haben bisher noch keine Stellung genommen.

Die Aussprache über die Sachverständigenvernehmung findet vielmehr erst in einer zweiten Sitzung des Ausschusses statt, die heute morgen um 9 Uhr begonnen hat. In dieser Sitzung werden auch die Vorschläge auf Umformung der Reichsbank in eine Goldnotenbank zur Diskussion gestellt werden.

Aus der Praxis der Interalliierten Rheinland-Kommission

Frankfurt a. M., 7. September. (Eig. Tel.) Die Zollbehörden des Brückenkopfes Kehl hatten einen Straßburger Kaufmann wegen unerlaubten Handels verhaftet und seine Waren beschlagnahmt. Die interalliierte Rheinlandkommission hat aber, nach dem „Echo du Rhin", das gegen den Kaufmann gefällte Urteil aufgehoben und ihm zugesagt, daß ihm entweder die beschlagnahmten Waren wieder zugestellt oder ihm der Wert dafür vergütet werde. Eventl. soll der dafür nötige Geldbetrag in einer öffentlichen Kasse des Reiches beschlagnahmt werden. Das ist ein neuer Eingriff in die deutsche Rechtsprechung. Sehr viel Mühe wird es den Franzosen nicht machen, den nötigen Geldbetrag zu finden. Sie beschlagnahmen ja tagtäglich genügend hohe Beträge in allen möglichen deutschen Kassen.

Geistige Trennung des Saargebietes von Deutschland

Frankfurt a. M., 7. September. (Eig. Tel.) Vom 1. Oktober ab werden nach einer Verordnung der Oberpostdirektion Saarbrücken für die im deutschen Reichspostgebiet erscheinenden Zeitungen im Saargebiet Auslandspreise berechnet. Vom 1. Januar 1924 ab kommen für die im Saargebiet erscheinenden Zeitungen auch im Verkehr nach Deutschland die Frankenpreise in Anwendung. Dadurch wird der Zeitungs- und Zeitschriftenverkehr zwischen Deutschland und dem Saargebiet sehr stark erschwert, wenn nicht vollkommen unterbunden. Die Regierungskommission zerschneidet durch diese Maßnahme ein bedeutsames geistiges Band, das Deutschland mit der Saar auch heute noch verbindet.

Die für Ende September in München angesagte Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine findet mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse nicht statt.

Das Erdbeben
Das Schicksal der Ausländer

Paris, 7. September. (Eig. Tel.) Wie aus London gemeldet wird, hat das Auswärtige Amt gestern nachmittag einen Bericht des englischen Konsuls in Kobe erhalten, in dem folgende Einzelheiten mitgeteilt werden: Englische Augenzeugen, die aus Tokio in Kobe eingetroffen sind, erklären, daß die Zerstörung des Stadtgürtels nicht so vollkommen gewesen ist, wie man zuerst angenommen hat. Die Nachrichten über das Schicksal der Ausländer sind im allgemeinen befriedigend; es ist jedoch bisher noch nicht möglich gewesen, eine telegraphische Verbindung mit Tokio herzustellen. Die Meldungen über die Zerstörung in Yokohama bestätigen sich. Mehr als 400 englische Flüchtlinge aus dieser Stadt sind in Kobe eingetroffen. Die englische Kolonie in Yokohama zählt 1125 Mitglieder. Die Bezirke von Osaka und Kobe haben keinen Schaden gelitten.

Aus Rom wird der „Frankfurter Zeitung" gemeldet: Das italienische Auswärtige Amt erhält die Nachricht, daß der Botschafter de Martino in Tokio am Leben ist.

Besorgnis um den Vertreter des Vatikans

Rom, 7. September. (Eig. Tel.) Im Palazzo Chigi ist gestern überraschenderweise ein Telegramm von dem totgesagten italienischen Botschafter in Tokio, de Martino, eingetroffen, in dem er seine glückliche Rettung mitteilt. Baron Russo hat heute vormittag in Mussolinis Namen der Gattin de Martinos bereits das Beileid der italienischen Regierung ausgedrückt.

Da der Vatikan bisher keine Nachricht von dem apostolischen Delegierten in Japan, Monsignore Monglardino, erhalten hat, befürchtet man, daß er zu den Opfern des Erdbebens gehört. Auch über das Schicksal der verschiedenen katholischen Missionen in Tokio liegen am Vatikan keine bestätigenden Nachrichten vor, so daß diesbezüglich die lebhaftesten Besorgnisse gehegt werden.

Mussolini über den Konflikt
Befriedigendes Ergehen der Ausländer
Die italienische Nationalehre

Paris, 7. September. (Eig. Tel.) Der Genfer Berichterstatter des „Matin" Jules Sauerwein hatte eine Unterredung mit Mussolini. Auf die Aeußerung des Journalisten, daß man in Genf viel von den Rechten der kleinen Länder spreche, antwortete Mussolini:

„Sehr wohl, aber diese Rechte gehen nicht so weit, die Vertreter der großen Länder zu ermorden. Unsere Untersuchung hat sehr sonderbare Einzelheiten an den Tag gebracht. In der Nacht, bevor der unglückliche General Tellini ermordet wurde, ließen Offiziere, die von unseren Kommissaren bereits aufgestellten Grenzpfähle an eine andere Stelle bringen. Die Griechen waren über die Führung der Grenzlinie erbost, sie hatten bereits gegen die Einbeziehung zweier Dörfer in albanischem Gebiet protestiert und machten Tellini hierfür verantwortlich. Mit Unrecht; denn er war durch formelle Anordnungen gebunden. Dieses Vorgehen der Griechen war zum mindesten sonderbar.

Die Botschafterkonferenz, die nunmehr die Untersuchung führen wird, kann zu drei Schlußfolgerungen kommen. Die erste wäre die, daß die Albanier die Schuldigen sind, nicht die Griechen. Diese Annahme ist indessen sehr unwahrscheinlich, da die Albanier Tellini sehr günstig gesinnt waren. Ich halte aber die Möglichkeit im Auge, um keine, auch nicht die unwahrscheinlichste auszuschließen. In diesem Falle könnten gewisse Teile meines Memorandums abgeändert werden, und Griechenland hätte alsdann nur noch eine territoriale Verantwortung weniger schwerer Art zu tragen, deren Umfang die Botschafterkonferenz festzusetzen haben würde.

Die zweite Schlußfolgerung ist, daß die Griechen den Mord begangen haben; dann wird die Botschafterkonferenz zweifellos mit meinen Forderungen übereinstimmen, und insbesondere wird Frankreich sich erinnern, daß es für die Ermordung eines Matrosen Zappeion 50 Millionen Goldfranken, ferner formelle Entschuldigungen und eine ehrenwerte Buße verlangt hat, an der der König und alle griechischen Behörden teilnehmen mußten.

In der dritten möglichen Schlußfolgerung sind es nicht nur Griechen, sondern sogar griechische Beamte, die verantwortlich sind für den barbarischen Ueberfall gegen Beauftragte der Mächte. Für diesen Fall nehme ich alsdann an, daß meine Forderungen noch erschwert und mit ergänzenden Sanktionen vervollständigt werden.

Glauben Sie mir — fuhr Mussolini fort, indem er jedes Wort einzeln hervorhob — nichts wird mich dazu bringen, ein Kompromiß mit der Nationalehre anzunehmen. Wir werden nicht zugeben, daß die Italien durch das Verbrechen gegen unsere Offiziere zugefügte Beleidigung im Völkerbund diskutiert und beurteilt wird. Lassen Sie mich glauben, schloß Mussolini, „daß Frankreich an unserer Stelle ebenso handeln würde."

Korfu und Fiume

Paris, 7. September. (Eig. Tel.) Die heutigen Pariser Morgenblätter fahren fort, die Lage optimistisch zu beurteilen. Sie rechnen mit einem Erfolg des französischen Vermittlungsvorschlages, der die Kompetenz des Völkerbundes für die griechisch-italienische Angelegenheit nicht bestritten wird, aber den Vorrang für die Lösungsversuche der Botschafterkonferenz fordert. Der Fiumekonflikt wird heute nur von wenigen Zeitungen erwähnt. Beachtenswert ist eine Aeußerung des „Eclaire", dessen am Quai d'Orsay informierter diplomatischer Mitarbeiter die Gefahr der Fiumefrage vor allem darin erblickt, daß Mussolini im Falle eines Mißerfolges in einem Konflikt mit Griechenland versucht sein könnte, sich durch verdoppelte Unnachgiebigkeit in der Fiumefrage schadlos zu halten.

Die „Journée Industrielle" führt im Leitartikel aus: Englands gegenwärtige Politik erklärt sich hauptsächlich durch den Wunsch Frankreich entweder mit der Kleinen Entente oder mit Italien in Konflikt zu bringen. Bei einer Diskussion über die italienisch-griechische Angelegenheit in Genf hätte Frankreich es kaum vermeiden können, entweder die Kleine Entente oder Italien zu verstimmen. Die geheimen Beratungen der Botschafterkonferenz ermöglichten es ihm dagegen, dieser Gefahr vorzubeugen. Poincaré verdiene höchstes Lob, daß er sofort die Gefahr der englischen Spekulation erkannte.

Dollar in Berlin
amtl. Mittelkurs: 53 000 000 Mk.

Amerikanischer Geldmarkt

* Sonderkabel des L. T.

Geldkurse der Vorbörse

	Vorbörse 7.	Parität 7.
Berlin	0.000002	50000000
London	451.93	90 386000
Paris	553.50	1107000
Mailand	426.75	853500
Zürich	17.99	3598000
Amsterd.	39.23	7846000
Prag	295.25	590500
Stockh.	—	—
Kopenhg.	—	—
Christ.	16.20	3240000